

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Boten,
sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Erscheint

wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag u. Sonnabend. In-
sertionspreis: die Klein-
zeile 10 Pf.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

29. Jahrgang.

Nr. 43.

Donnerstag, den 13. April

1882.

Die Sparkasse zu Eibenstock

ist bis auf Weiteres nur **Mittwoch** und **Sonabend** von früh 9 bis 12 Uhr
und von Nachmittags 3 bis 5 Uhr geöffnet, während an diesen Tagen die Stadt-
kasse, sowie die Stadtsteuereinnahme geschlossen bleiben.

Eibenstock, am 11. April 1882.

Der Stadtrath.
Rosc.

Bekanntmachung.

Zur Feier des Geburtsfestes Sr. Majestät des Königs soll **Sonntag**,

den **23. ds. Mts.**, Nachmittags 1 1/2 Uhr im Saale des hiesigen Rath-
hauses ein Festmahl stattfinden, zu welchem die Behörden und Bewohner hie-
siger Stadt und Umgegend mit dem Ersuchen um zahlreiche Betheiligung und
mit dem Bemerken hiermit ergebenst eingeladen werden, daß der Preis eines
Couberts auf 3 M. festgesetzt worden ist.

Diejenigen, welche sich an diesem patriotischen Feste zu betheiligen gedenken,
werden ersucht, Dies **bis Mittwoch, den 19. ds. Mts.**, Mittags, an
Rathsexpeditionsstelle anzuzeigen.

Eibenstock, am 11. April 1882.

Der Stadtrath.
Rosc.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die „Germania“ schreibt im Hinblick auf die Vermuthungen über die nunmehrige Haltung des Centrums dem Tabakmonopol gegenüber: „In den ernsthaften Organen kommt man allmählig doch mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß die Stimmen des Centrums nicht für das Monopol zu haben seien. Wir unsererseits haben es auch wahrlich nicht daran fehlen lassen, klarzulegen, daß und warum wir uns ablehnend verhalten müßten. Unter den Gründen gegen das Tabakmonopol haben wir in erster Linie vorzugsweise betont, daß die Einführung des Monopols eine wirkliche Expropriation oder eine Quasiepropriation weiter Volkstheile bedeute, indem man dieselben theils aus ihrem Besitze, theils aus ihrer Erwerbsthätigkeit herausweise. Wir forderten demgemäß auch die Vorbereitungen einer Expropriation: den Nachweis der Nothwendigkeit der Maßregel, d. h. also im vorliegenden Falle den Nachweis, daß die Summen, welche man vom Tabakmonopol erwartet, beschafft werden müssen und nicht auf weniger bedenklichem Wege beschafft werden können. Und falls dieser Nachweis geführt werden könnte, müßte dann noch ebenfalls wie bei Expropriationen gerechte Entschädigung erfolgen. Aber jener Nachweis selbst ist nicht möglich, und deshalb würde schon hieran unsere Zustimmung zum Monopol scheitern. Wir können es nicht über uns gewinnen, einen privaten Erwerbszweig unseres Volkes vernichten zu lassen zum Zwecke einer Steuergewinnung zu Gunsten aller übrigen Stände, können es nicht verstehen, wie man in einer Zeit, welche ohnehin so viele ruinirte Existenzen zeigt, dieselben noch willkürlich vermehren will.“

— Der Erweiterungsbau der Festungswerke von Küstrin soll nunmehr in Ausführung genommen werden. Der Plan geht dahin, diese Festung durch einen Kranz weit vorgeschobener Forts in einen Waffenplatz ersten Ranges zu verwandeln. Küstrin und Glogau sind die großen Stützpunkte der inneren deutschen Festungslinien gegen Osten und bildet der erstgenannte Platz namentlich nach dieser Richtung das unmittelbare Bollwerk für die Reichshauptstadt. Welche Bedeutung diese Festung auch früher schon bei einem preussisch- resp. jetzt deutsch-russischen Krieg besessen hat, bezeugt, daß die Schlachtfelder von Bornsdorf und Kunersdorf unmittelbar in ihrer Nähe gelegen sind. Es bleibt vorauszusetzen, daß die in ihrem Erweiterungsbau noch nicht abgeschlossenen beiden Hauptplätze der äußeren östlichen Festungslinie, Posen und Thorn, bei der neuerdings so wesentlich umgestalteten Lage eine raschere Förderung als bisher erfahren werden. Für Kiel läßt die mit dem 1. April in Bestand tretende Festungsbau-direction auf den gleichen Vorgang schließen.

— Frankreich. Paris. Der „Temps“ sucht die Bedenken zu entkräften, welche in England gegen die Anlage des unterseeischen Tunnels laut geworden sind. Eine militärische Ueberrumpelung Englands auf diesem Wege sei eine wahre Unmöglichkeit; zwei Geschüge würden genügen, um eine Armee, die sich in diesen Schlauch verirrt hätte, in die kritischste Lage zu versetzen. Umgekehrt könnte man eher von einer Gefahr für Frankreich reden, welches im Falle eines unglücklichen Krieges auf dem Fest-

lande von der Küste weit zurückgedrängt werden und dann außer Stande sein könnte, den Zutritt durch den Tunnel zu verwehren. Man nehme, sagt der „Temps“, an, daß der Tunnel schon im Jahre 1870 bestanden, und daß es im Plane des Herrn v. Bismarck gelegen hätte, ihn den Engländern auszuliefern, so hätte dies ohne Weiteres geschehen können. Man solle also in London die alten Schrecken fahren und sich, wie seiner Zeit, wenn auch spät, in Sachen des Suezkanals geschehen, eines Besseren belehren lassen.

— Rußland. Das „Journal de St. Pétersbourg“ veröffentlicht ein kaiserliches Rescript an den Reichskanzler Fürsten Gortschakoff, durch welches derselbe auf seinen Wunsch aus Gesundheitsrücksichten und wegen seines hohen Alters von der Leitung des auswärtigen Amtes unter Beibehaltung des Titels Reichskanzler und der Würde eines Mitglieds des Reichsrathes entbunden und gleichzeitig der Staatssekretär v. Giers zum Minister des Auswärtigen ernannt wird. Der Kaiser bekundet in dem Ukase, er hege „aufrichtige Achtung und Dankbarkeit“ für den großen Reichskanzler. Hält man aber diese Enthebung mit der Ernennung Giers' zum Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, ferner die einer Verbannung ähnliche Ernennung Tschernajew's, Stebelew's intimsten Freundes und des militärenden Theils des Panflavismus rührigsten Führers, zum Gouverneur von Turkestan mit dem Antworttelegraphen des Fürsten Bismarck auf ein, von dem Volschafter von Sabourow an den Fürsten zu dessen Geburtstag gesandtes Glückwunschsreiben zusammen, so trifft man vielleicht das Richtige, wenn man annimmt, mit dem Werke, an dem der deutsche Reichskanzler gemeinsam mit Herrn von Sabourow arbeitet, sei die Entfernung der gefährlichen panflavistischen Heißsporne aus Gatschina und die Erhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland gemeint. Unter solchen Verhältnissen gewinnt die Nachricht an Bedeutung, daß der Großfürst Wladimir auf seiner Rückreise aus dem Süden nach Petersburg Berlin berühren und des Kaiser Wilhelm mehrtägiger Gast sein werde. Dann kann das neueste geflügelte Wort des Fürsten Bismarck „Wir schießen nicht“, welches den panflavistischen Provocationen gegenüber nur unter gewissen Bedingungen die Lage der Dinge kennzeichnete, ganz und voll in Erfüllung gehen. Ueber den im Ministerium des Aeußeren eingetretenen Personenwechsel sagt „Journal de St. Pétersbourg“, die Ernennung des neuen Ministers werde keine Veränderung in Rußlands auswärtiger Politik herbeiführen, auch werde kein anderes Circularschreiben an Rußlands diplomatische Vertreter im Auslande erlassen werden, als dasjenige, welches den Personenwechsel anzeige. Die Politik der gegenwärtigen Regierung sei klar präcisirt in dem nach der Thronbesteigung des Kaisers am 16. März 1881 erlassenen Circularschreiben, welches die Unterschrift des Ministers Giers trage, noch heute in Kraft sei und, wie Alles hoffen lasse, noch lange das Programm der Regierung bleiben werde. Das Journal citirt die wesentlichsten Stellen dieses Circularschreibens, in welchem u. A. gesagt sei, die Politik des Kaisers werde vor Allem gewidmet sein den inneren Arbeiten, welche der Fortschritt des bürgerlichen Lebens und die wirtschaftlichen und socialen Interessen erheischen, die heute den Hauptgegenstand der Sorge aller Regierungen bildeten. Rußlands auswärtige Politik werde

eine wirklich friedliche sein, Rußland werde treu bleiben seinen Freundschaften, seinen traditionellen Sympathien. Indem Rußland sich die Stellung wahre, welche ihm im Konzerte der Mächte gebühre und indem es über die Erhaltung des politischen Gleichgewichts wache, soweit seine eigenen Interessen davon berührt würden, halte es sich für solidarisch für den allgemeinen Frieden, der auf der Achtung des Rechts und der Verträge beruhe.“ Schließend weist das Journal daraufhin, daß die auswärtigen Angelegenheiten Rußlands während des letzten Dreivierteljahrhunders nur von zwei Ministern des Auswärtigen, dem Grafen Kesselrode und dem Fürsten Gortschakoff, geleitet worden seien, und erblickt darin einen Beweis für die Stabilität in der auswärtigen Politik des Reiches und ein sicheres Unterpfand für die Zukunft.

— Der Czar und die Juden feierten schlechte Ostern in Rußland. Die Attentate der Nihilisten und die jüdenfeindlichen Krawalle des Pöbels haben wieder ihren Anfang genommen. Aus Furcht vor nihilistischen Anschlügen hatte Kaiser Alexander III. deshalb den ganz außerordentlichen Entschluß gefaßt, das Osterfest in tiefster Stille zu begehen und nach amtlicher Bekanntmachung im Petersburger „Regierungsanzeiger“ hat in Gatschina der am Osterfest übliche Besuch des Kaisers in der Hofkathedrale und die Entgegennahme von Gratulationen nicht stattgefunden. Im gewöhnlichen russischen Volke muß dieser Entschluß, für dessen Bekanntwerden schon von nihilistischer Seite gesorgt werden wird, den tiefsten Eindruck hervorrufen. Ein Czar, welcher sich am Osterfest, dem Feste der größten Freude und Deffentlichkeit in Rußland, hinter Gitter und Mauern verbirgt, ist in den Augen der Muschiks kaum noch Czar! Jedemfalls zeigt dieser Beschluß die tiefe Muthlosigkeit, welche im kaiserlichen Hoflager herrscht. Von den schweren Beforgnissen, welche die jüdische Bevölkerung Rußlands erfüllen, ist mehrfach berichtet worden. Jetzt meldet eine Privatnachricht aus Obeffa, daß in der Umgegend dieser Stadt in der That neue Verfolgungen ausgebrochen sind. In einer Ortschaft wurden allein vierhundert jüdische Familien ausgegraut und ihre Häuser niedergebrannt.

— Amerika. Aus New-York, 31. März, wird gemeldet: Die Fluth der Einwanderung ist jetzt in Bewegung, und alle Anzeichen deuten auf außerordentliche große Zuzüge hin. Im März wurden 42,743 Personen gelandet, gegen 28,908 im März vorigen Jahres, darunter mehr als 19,000 Deutsche, fast 4000 Irländer, 9700 Engländer, 1000 Schotten, fast 3400 Scandinavier und mehr als 4000 Italiener. Seit 1. Januar sind mehr als 72,000 Personen eingetroffen, gegen fast 48,000 im Vorjahre. Im Allgemeinen bringen die Einwanderer Geld genug mit, um nach dem Westen zu gehen und sich dort anlaufen zu können. Die große Zahl der italienischen Arbeiter hat bereits die Frage angeregt, ob es nicht notwendig sei, ihre Einwanderung aus denselben Gründen wie die der Chinesen zu verbieten. Sie arbeiten billig, haben geringe Lebensbedürfnisse und werden, wie die Chinesen, in Trupps gemiethet. Sämmtliche Dampfschiffahrtsgesellschaften erklären, daß außerordentlich viele vorherbezahlte Zwischendeckspassagebillets nach Europa geschickt werden.